

Charmeoffensive oder Politikwechsel?
Europäische Erwartungen an die zweite Bush-Administration
Dr. Sebastian Harnisch,
Mainz 25.05. 2005

1. Einleitung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

einige von Ihnen werden mit Sorge das Nominierungsverfahren von John Bolton zum UN-Botschafter der USA wahrgenommen haben. John Bolton ist in der Tat einer der undiplomatischsten Außenpolitiker die die Bush-Administration zu bieten hat. Bedeutet diese Nominierung, die ja noch vom Plenum des Senats gebilligt werden muss, dass wir uns auf vier weitere Jahre mehr oder weniger verkleideter unilateraler US-Außenpolitik insbesondere gegenüber den Vereinten Nationen einzustellen haben?

Meine erste kurze Antwort lautet: ja, die Europäer werden sich, trotz der Charmeoffensive auf der jüngsten Europa-Reise des Präsidenten und seiner Außenministerin, auf eine nutzenorientierte und an nationalen amerikanischen Interessen ausgerichteten Politik einstellen müssen. Nun legt die Nominierung eines Undiplomaten noch keine US-Außenpolitik für die nächsten vier Jahre fest, aber diese Personaldebatte zeigt an, dass wir ähnliche Politikmuster innerhalb der Administration zu erwarten haben, wie sie sie die erste Amtszeit geprägt haben. In der ersten Amtszeit haben wir aus meiner Sicht in wichtigen Konflikten, außer im Falle des Irak, eine gespaltenen Bush-Administration erlebt, die bspw. keine kohärente Politik gegenüber Nordkorea und Iran formulieren konnte. Zugespitzt formuliert: die USA sind ihrem eigenen Anspruch einer internationalen Führungsmacht aufgrund innerer Zerstrittenheit nicht gerecht geworden. Die USA waren in den ersten vier Bush-Jahren über weite Strecken ein dysfunktionaler Hegemon. Haben wir in der zweiten Amtszeit eine ähnliche Entwicklung zu erwarten?

Folie Gliederung

Zur Beantwortung dieser Fragen gehe ich in den folgenden 30 min. folgendermaßen vor: Erstens skizziere ich kurz, welche Bedeutung „Erwartungen“ als politikwissenschaftlichem Konzept zukommen. Ich argumentiere, dass selbst die Bush-Administration, trotz ihrer offenkundigen Erwartungsresistenz“ sich der Bindekraft von internationalen Organisationen und den darin formulierten Erwartungen ihrer Partner auf Dauer nicht entziehen können. Zweitens gehe ich auf die Erwartungen der Europäer für die zweite Amtszeit ein. Ich argumentiere, dass die europäischen Erwartungen zwar nach wie vor nicht einheitlich sind, aber dass sie in wichtigen Bereichen konvergieren. Drittens untersuche ich kurz die Rahmenbedingungen in den USA, die für eine Durchsetzung oder Akzeptanz europäischer Erwartungen durch die Bush-Administration sprechen. Und schließlich gehe ich viertens auf die bisher von der EU bzw. ihren Mitgliedsstaaten verfolgten Strategien zur Einbindung des Hegemons USA ein.

II. Erwartungen als politikwissenschaftliches Konzept (Folie)

Erwartungen spielen in traditionellen Erklärungen für außenpolitisches Verhalten, wenn überhaupt nur eine untergeordnete Rolle. Im Realismus wird staatliches Verhalten von den Machtressourcen bestimmt. Erwartungen sind als rhetorische Akte, um einem abhängigen oder ohnmächtigen Staat das Gefühl zu geben, seine Stimme habe Einfluss auf das Handeln des Mächtigeren. Populärwissenschaftlich finden Sie diese Auffassung in der immer wiederkehrenden Formel, die Bush-Administration tut sowieso was sie will, weil sie die Machtressourcen dazu hat (Folie US-Verteidigungshaushalt im Vergleich). Eine zweite Auffassung, der Institutionalismus, argumentiert, dass Staaten sehr wohl in int. Organisationen kooperieren, aber nur wenn sie selbst einen Nutzen davon haben. Unklar bleibt in dieser Erklärung meist, was genau der Nutzen für einen Staat oder eine Regierung ist. Aus europäischer oder zumindest deutscher Sicht, waren die Vereinten Nationen seit dem

II Weltkrieg ein Selbstzweck, weil sie Deutschlands Rückkehr in die zivilisierte Staatengemeinschaft legitimierten, für die zweite Bush-Administration dürfte der Sicherheitsrat nur dann einen konkreten Nutzen haben, wenn er der Durchsetzung amerikanischer Interessen dient, was wiederum nicht ausschließt, dass diese mit europäischen Interessen übereinstimmen.

Friedenswissenschaftliche Ansätze, wie das Theorem des demokratischen Friedens gehen davon aus, dass Erwartungen sehr wohl eine wichtige Rolle in der Außenpolitik spielen können. Sie behaupten, dass bestimmte Akteure, in diesem Fall Demokratien, normorientiert handeln. Es wird angenommen, dass Demokratien aktiv danach suchen, welche Politik für sie als Demokratie als angemessen betrachtet werden kann. Für das angemessene Verhalten einer demokratischen Führungsmacht würden demnach die Fremderwartungen anderer verbündeter Demokratien eine bedeutende Rolle spielen.

Wovon hängt es ab, ob eine Führungsmacht wie die USA die Erwartungen anderer Demokratien in seiner Außenpolitik mitberücksichtigt? Drei Faktoren will ich herausgreifen: Erstens ist es wichtig, dass die Erwartungen der Partnerstaaten einheitlich vorgetragen werden, damit ein klares Signal über angemessenes oder unangemessenes Verhalten für den Hegemon erkennbar wird. Die Europäer haben hier u.a. durch die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003, die gemeinsame EU-Strategie zur Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen Fortschritte erzielt. Aber wie man an der geteilten Reaktion in Polen und Frankreich auf Schröders NATO-Initiative auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2005 sehen konnte, bestehen wichtige Wahrnehmungs- und Erwartungsunterschiede in Europa fort. Interessant ist aber, dass die Forderung nach einem stärkeren Gewicht der EU in der Weltpolitik in den jetzt laufenden Ratifikationsdebatten zum Europäischen Verfassungsvertrag das wichtigste Argument der Ratifikationsbefürworter ist. Das hat ja auch jüngst bei dem Dreier-Gipfel von Nancy eine prominente Rolle gespielt. Zweitens ist die Erwartungsakzeptanz höher, wenn die Anschlussfähigkeit der Erwartungen

an eine gemeinsame Wertebasis stärker ist. Ich will hier nicht ins Detail gehen, denn es gibt eine große Debatte über das kulturelle Auseinanderdriften des Atlantiks, den wachsenden Einfluss der Religion auf die US-Außenpolitik. Ich würde aber folgendes zu bedenken geben: zum einen ist die US-Gesellschaft selbst tief gespalten in wichtigen Wertentscheidungen: Abtreibung, Gentechnik etc. Ich darf sie auf die aktuelle Debatte über die Nominierungsvorschläge des Präsidenten für die obersten Gerichte hinweisen, die mittlerweile zu einer scharfen Auseinandersetzung im Senat zwischen Republikanern und Demokraten über die Frage geführt hat, inwiefern eine Senatsminderheit über die Möglichkeit zur Politikblockade gegenüber der Mehrheit und dem Präsidenten verfügen sollte. Zum anderen zeigen Meinungsumfragen, wie die des German Marshall Fund, dass es nach wie vor in vielen Bereichen eine breite gemeinsame Wertebasis gibt. Umstritten sind ohne Zweifel die Strategien und Mittel zu ihrer Durchsetzung. Und drittens will ich auf drei Entwicklungen aus der jüngsten Zeit hinweisen, die zeigen, dass die US-Politik lernfähig sein kann: die Entscheidung des Supreme Court über die Aussetzung des Todesstrafe für Minderjährige, die Entscheidung der Administration, amerikanische Gerichte anzuweisen, ob bei zum Tode verurteilten Ausländern deren konsularischer Schutz ausreichend berücksichtigt worden ist und die Entscheidung der Administration im Falle der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sudan, eine Verfolgung durch den ICC zuzulassen.

Schließlich möchte ich auf die breiten und tiefen gegenseitigen Abhängigkeiten dies und jenseits des Atlantiks verweisen. Betrachtet man allein die wirtschaftlichen Verflechtungen, dann kann es weder der Bush-Administration noch den Europäern egal sein, was der jeweils andere denkt und erwartet. Ich habe ihnen hier mal die Hauptaussagen einer sehr guten Studie von Hamilton und Quinlan aus dem Jahre 2004 mitgebracht (FOLIE Hamilton/Quinlan) Oder nehmen wir das Beispiel Iran, dann wird schnell deutlich, dass eine Militäraktion der USA nachhaltige Wirkung auf die Sicherheit aber auch die Wirtschaft Europas hätte. Die Ölpreise

würden sofort steigen, der Euro-Dollarkurs beeinträchtigt, die europäische Abhängigkeit von russischen Öl und Gas noch stärker werden etc.

III. Was erwarten die Europäer?

Lassen Sie mich jetzt konkret auf die europäischen Erwartungen an die zweite Bush-Administration eingehen. Aus meiner Sicht betrachten die meisten Europäer, Gesellschaften und Regierungen, Europa als Status-Quo-Macht. Das heißt, sie möchten die bestehende internationale Ordnung erhalten oder wenn überhaupt, dann reformerisch durch int. Organisationen und die Fortentwicklung des Völkerrechts verändern. Im Gegensatz dazu wird die Bush-Administration in Europa mehrheitlich als „revolutionär“ angesehen. Sie will die bestehende Ordnung ändern, weil sie bspw. der Auffassung ist, dass die autokratischen Herrschaften im Nahen und Mittleren Osten auf vielfältige Weise zur Förderung des int. Terrorismus beitragen und damit Amerikas Sicherheit bedrohen. In der Rhetorik der Administration findet sich dieser Gedanke unter dem Stichwort „transformation“. In seiner Rede in Brüssel (vor dem Besuch in Mainz) hat der Präsident die Befürchtungen der Europäer vor weiterer gewaltsamer Transformation im Nahen und Mittleren Osten direkt angesprochen. Er sagte: Lasting, successful reform in the broader Middle East will not be imposed from the outside; it must be chosen from within.“ (Folie Weekly Standard). In der Mainzer Pressenkonferenz spitzte Bush das dann noch mal medienwirksam in der Formel zu: Iran is not Iraq. Ob dies aber eine Phase der Mäßigung der US-Politik im europäischen Sinne einleitet, darf bezweifelt werden. Wenn die Bush-Administration die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Befriedung des Irak überwinden sollte, dann wird nicht nur die gesellschaftliche Unterstützung in den USA für die Administration wachsen. Es werden auch wieder militärische Ressourcen frei, die derzeit für eine sanktionsbasierte Politik gegenüber dem Iran, Nordkorea oder Syrien fehlen.

Vor diesem Hintergrund sind zwei aktuelle Entwicklungen im transatlantischen Verhältnis interessant: zum einen die aktuelle europäische Offerte, sich mit einer internationalen Konferenz im Juni stärker in den Wiederaufbau im Irak einzuschalten. Zum anderen die US-Initiative zur Unterstützung der europäischen Bemühungen gegenüber dem Iran. Eine solche Unterstützung hatte BK Schröder auf der Münchener Sicherheitstagung explizit eingefordert. Nun ist sie da, wenngleich die EU-3 sich noch sehr viel mehr US-Engagement wünschen, weil nur die Anerkennung durch die USA der iranischen Führung jene Sicherheit geben kann, um auf den militärischen Ausbau ihres Atomprogramms zu verzichten. Ein solches Entgegenkommen ist aus Washington aber derzeit nicht zu erwarten: nicht nur weil die iranischen Präsidentschaftswahlen (17. Juni 2005) bevorstehen, deren Ergebnis man in Washington abwarten möchte, sondern auch weil die Administration innerlich tief darüber zerstritten ist, ob man überhaupt mit dem Iran verhandeln sollte, oder nicht doch lieber eine Strategie des Regimewechsels ernsthafter verfolgen sollte.

III. Was können die Europäer von der Administration in der zweiten Amtszeit erwarten?

Lassen Sie mich jetzt nur ganz kurz auf die innenpolitischen Rahmenbedingungen für die zweite Amtszeit eingehen. Zunächst einmal kann festgehalten werden, dass der Präsident eine komfortable und geeinte republikanische Mehrheit in beiden Häusern hat und grundlegende innerparteiliche Auseinandersetzungen erst 2006 mit der Nachfolgefrage beginnen. Zweitens verfügen die Demokraten im Senat (noch) über eine Vetominderheit im Senat. Sie werden diese aber in außenpolitischen Fragen wahrscheinlich eher sparsam einsetzen. So ist zu erwarten, dass die Nominierung von John Bolton durchgehen wird, obwohl er bei den Demokraten und einigen gemäßigten Republikanern sehr umstritten ist. Hart sind ja schon die Auseinandersetzungen um die Besetzung der Richterämter. Noch härter dürfte allerdings die Auseinandersetzung um die Reformpläne bei der Rentenversicherung werden. Beschränkend

für eine pro-aktivere Außenpolitik wirkt auch schon bereits das galoppierende Haushaltsdefizit (*Folie Haushaltsdefizit*), das bisher nicht eingedämmt werden konnte. Interessant ist allerdings hier, dass die Kürzungsvorschläge der Administration neben dem Militärhaushalt auch die außen- und entwicklungspolitischen Ausgaben und Programme weitgehend verschont haben. Der Vorschlag für ein ziviles Demokratiecorps von vorgestern passt genau in diesen Trend.

Wenn wir uns das Personal und die Aussagen zu Beginn der zweiten Amtszeit anschauen, dann fallen vor allem zwei Dinge auf. Zum einen hat Bush sich innen- und außenpolitischen mit engen Vertrauten umgeben, die auch den Kurs der ersten Amtszeit mit zu verantworten haben und dies auch weiterhin offensiv tun. Donald Rumsfeld hat zweimal seinen Rücktritt angeboten, der Präsident bat ihn zu bleiben, ein späteres Ausscheiden ist aber nicht ausgeschlossen, Condi Rice hat ihre Position als engste außenpolitische Beraterin des Präsidenten an seiner Seite verlassen, so dass sie Zeit hat zu Reisen, aber gleichzeitig aufpassen muss, im innerministeriellen Machtkampf bei Abwesenheit nicht übergangen zu werden. Die „Transformationsachse zwischen Pentagon und Vizepräsidentenamt besteht weiter und sie wird durch die Nominierung Boltons und die Übernahme des Staatssekretärsamts für Abrüstungsfragen durch Robert Joseph, ehemals NSC, noch gestärkt. Dass mit Bob Zoellick ein moderater Realist Stellvertreter Rices wurde, ist zwar eine gute Nachricht für Europa, weil dieser unter James Baker die deutsche Vereinigung mitgestaltet hat; gleichwohl zeigt die Nominierung Boltons, dass Rice ihn zwar als ihren Stellvertreter nicht aber als UN-Botschafterverhindern konnte. Sein Einfluss bleibt durch die engen Beziehungen zum Vizepräsidenten und andere Neo-Konservative, wie Paul Wolfowitz, jedoch stark.

Fassen wir das Ergebnis der Rahmenbedingungen zusammen, so zeigt sich, dass es zwar materiell durchaus starke Anreize für Bus-Administration gibt mit den Europäern zu kooperieren. Auch die US-Gesellschaft spricht sich regelmäßig mit Mehrheit für ein

gemeinsames Vorgehen mit Europa aus. Aber sowohl die ideologische Grundausrichtung als auch die personelle Besetzung mit konservativen und neokonservativen Politikern in Spitzenämtern und auf der Arbeitsebene sprechen nicht dafür, dass europäischen Erwartungen prinzipiell mehr Einfluss zugestanden wird. Die symbolische erste Reise des Präsidenten ins Ausland nach Europa nach dem Amtsantritt signalisiert sicherlich, dass die Administration gewillt ist, die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit auszutesten und auszuloten. Sollte diese Charmeoffensive, die im Wesentlichen von der Außenministerin geplant und umgesetzt wurde, jedoch bspw. im Falle des Iran scheitern, dann wird die Bush-Administration auch in der zweiten Amtszeit nicht zögern unilateral oder in „Koalition der Willigen“ zu handeln.

IV: Europäische Strategien zur Einbindung des US Hegemons

Lassen Sie mich abschließend auf drei Strategien eingehen, die die Europäer bzw. die Bundesregierung eingeschlagen haben, um ihre Erwartungen gegenüber der Bush-Administration durchzusetzen: eine pro-aktive Arbeitsteilung wie sie die derzeitige Iranpolitik der EU kennzeichnet, Reformanstrengungen in int. Organisationen verbunden mit dem Angebot einer verstärkten deutschen Verantwortungsübernahme und schließlich ein proaktives Vorgehen der EU ohne die USA, wie Falle des Klimaschutzes oder des int. Strafgerichtshofes.

Die drei Is Iran, Irak und der isrealisch-palästinensische Konflikt bestimmten derzeit die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik und damit auch die transatlantische Agenda. Als Lehre aus dem Irakdebakel, das nicht nur den Atlantik teilte, sondern auch Europa, haben die drei größten Staaten der EU mit Rückendeckung der anderen Mitgliedsstaaten und mit der Unterstützung von Teilen der Bush-Administration ihre Iran-Initiative im Sommer 2003 gestartet. Im Vergleich zu einer ähnlich gelagerten chinesischen Initiative zur Lösung des koreanischen Nuklearkonflikts waren die Europäer bisher relativ erfolgreich. Für die Dauer

der Verhandlungen, die in der nächsten Woche auf Außenministerebene fortgeführt werden, hat der Iran seine Urananreicherungsaktivitäten eingestellt. Gleichzeitig hat die europäische Initiative der IAEA Zeit gegeben, die Verletzungen der iranischen Safeguards-Pflichten in den letzten Dekaden fast vollständig aufzuklären. Was bleibt ist, das iranische Insistieren auf eine Schließung des Brennstoffkreislaufs. Das ist zwar gemäß NPT rechtmäßig, gleichzeitig gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass der Iran diese Technologien zur Herstellung von Nuklearwaffen benutzen möchte. Die Europäer befinden sich daher in einer sehr unangenehmen Mittlerposition zwischen dem Iran und der Bush-Administration: auf iranischer Seite gibt es Kräfte, die eine eigene nukleare Option wollen, bzw. sogar Nuklearmachtstatus anstreben und auf der amerikanischen Seite gibt es Teile der Administration, die Verhandlungen mit dem Iran für zwecklos halten und sofort für einen Transfer an den Sicherheitsrat und angeschlossene Sanktionen plädieren. Offen ist derzeit, ob es den Europäern gelingen kann, eine Koalition der Willigen für eine Verhandlungslösung mit moderaten Kräften in Teheran und Washington zu schließen. Gelingt es, dann dürfte nicht nur der NPT profitieren, der nach den nordkoreanischen Ankündigungen in arge Bedrängnis geraten ist. Auch die transatlantische Kooperation und die Bereitschaft zur Durchsetzung von intern. Normen in den USA würde nachhaltig gestärkt werden.

Im Vergleich stehen die Chancen auf eine stärkere Einbindung der USA in die UN-Reform schlechter, insbesondere die des Sicherheitsrates. Die rot-grüne Bundesregierung hat hier ja klar Stellung bezogen: sie fordert im Rahmen einer Erweiterung des Rates einen ständigen Sitz für Deutschland samt Veto. Zur Begründung gibt sie an, dass die Bundesrepublik drittgrößter UN-Beitragszahler sei und ferner mehrere tausend Soldaten in friedenserhaltenden Maßnahmen der VN tätig seien. Wenn wir dies als Versuch werten, über den Sicherheitsrat vermehrten Einfluss auf die Weltpolitik und damit auch die US-Außenpolitik auszuüben, dann stehen die Chancen für ein Gelingen derzeit schlecht. Zum einen hat es diese Bundesregierung, ebenso wie alle vorherigen verpasst, die ursprüngliche

deutsche Idee eines gemeinsamen europäischen Sitzes gegenüber den anderen beiden ständigen Mitgliedern (Frankreich und Großbritannien) durchzusetzen. Ein weiterer EU-Sitz ist daher kaum plausibel, wenn man die regionale oder demographische Repräsentation als Wertmaßstab anlegt. Eine solche Argumentation ist für Außenministerin Rice in der letzten Woche kolportiert worden. Darüber hinaus fehlt Deutschland die Unterstützung wichtiger anderer EU-Staaten, insbesondere Italiens, so dass das deutsche Streben droht die GASP in einer wichtigen Frage erneut zu spalten. Parallelen zum Vorstoß Schröders zur NATO-Reform, die innereuropäisch auch nur ungenügend vorbereitet war, sind hier erlaubt. Schließlich ist zumindest mir unklar, welche konkreten inhaltlichen Reformziele die Bundesregierung für die Vereinten Nationen jenseits der Mitgliedschaft im SR verfolgt. Meines Erachtens ist die deutsche Politik bei der UN-Reform, stärker noch als bspw. bei der missglückten Besetzung des IWF-Direktorenpostens, gefordert ein klares inhaltliches Reformkonzept vorzulegen, welches ihre Bewerbung stützt und hoffentlich die Bush-Administration davon überzeugt, dass die VN zu einem effizienten Instrument der Friedenspolitik werden kann. Es gibt hierfür durchaus positive Indizien, wenn wir uns die Kooperation Frankreichs und Großbritanniens bei der Verabschiedung von Sicherheitsratsresolution 1540 anschauen. Diese Resolution soll die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen an staatliche und nicht-staatliche Akteure verhindern helfen, indem sie die nationalen Exportkontrollen und geheimdienstliche Zusammenarbeit der VN-Mitglieder stärkt. In eine ähnliche Richtung zielt die europäische Beteiligung an der „Proliferation Security Initiative“, die auf die Unterbindung des Transfer von MVW-Technologie insbesondere auf dem Seeweg, angelegt ist.

Erfolgversprechend erscheint mir auch die pro-aktive deutsche und europäische Politik ohne den Hegemon bei der Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes oder der Durchsetzung des Kyoto-Protokolls. Hier sind die Europäer weitgehend geschlossen vorgegangen, haben weltweite Koalitionen geschmiedet und bereits bestehende Normen des Völkerrechts sinnvoll

weiterentwickelt. Auch zeigt die Mainzer Vereinbarung zur Kooperation im Klimaschutz, dass die Bush-Administration das Problem nicht mehr leugnet wie sie es zeitweise in der ersten Amtszeit getan hat. Ob sich der US-Senat jemals zu einer Ratifikation des ICC-Statuts oder des Kyoto-Protokolls wird durchringen können, darf jedoch bezweifelt werden. Der Int. Strafgerichtshof rührt an dem Selbstverständnis einer immer stärker werdenden Gruppe von „Souveränisten“ in der politischen Klasse der USA, welche die rechtliche Bindewirkung int. Verträge und Organisationen grundsätzlich in Frage stellen. Sie argumentieren, dass VR nur durch die Umwandlung in innerstaatliches Recht Bindewirkung für US-Staatsorgane entfalten, weil nur der US-Politikprozess als einziges demokratisches Legitimationsverfahren anerkannt wird. John Bolton ist einer der Hauptprotagonisten dieser Gruppe. Gleiches gilt auch für eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls mit festen CO-2 Reduktionszielen. Diese wird, zumindest in der amerikanischen Debatte von einer Mehrheit als mittelbare Bedrohung des amerikanischen Lebensstils wahrgenommen, weil sie die eine nachhaltige Einschränkung des Energiekonsums erfordern würde.

V. Resumée

Ich begann die Analyse mit der Sorge, dass die Nominierung John Boltons zum Un-Botschafter sich als trendsetzend für die zweite Amtszeit der Bush-Administration erweisen könnte. Nach der Untersuchung komme ich zu dem Ergebnis, dass diese Sorge nicht unberechtigt ist. Wir befinden uns aus meiner Sicht nach wie vor in einer Bewährungsphase der transatlantischen Beziehungen nach dem Irak-Debakel und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass die Europäische Union teilweise in der Lage sein wird, ihren Erwartungen in Washington in der zweiten Amtszeit vermehrt Gehör zu verschaffen. Am plausibelsten kann Europa diese Erwartungen auf die Durchsetzung gemeinsamer Ziele formulieren, wenn es selbst bereit ist, wie im Iran, maßgeblich an der

Lösung schwerwiegender Sicherheitsprobleme mitzuwirken, die bisher nicht zum Aufgabengebiet der EU gezählt wurden. Wenn sich Europa dieser Aufgabe gewachsen zeigt, dann wird es seine friedenspolitischen Vorstellungen auch gemeinsam mit den USA durchsetzen können.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit und nehme gerne ihre Fragen entgegen!